

Warnungen

3

Ungehörte Warnungen.

C 00 - 02739



I.

4. Januar 1931.

„Es gibt Augenblicke in der Geschichte der Nation,
wo die Vorsicht gefährlicher ist als das Wagnis.“
(Chamberlain.)

„Es muß die Zeit kommen, da die Edlen sich ver-
schwören und regieren mit List und da die Nichts-
würdigen in ihre Neze fallen.“
(Goethe, „Götz“, abgewandelt für 1931)

„Die Rechtgesinnten haben die Pflicht zur Dema-
gogie.“
(Max Weber.)

Ein Gespräch mit Max Weber Anfang 1919, unmittelbar nach-
dem er mit Simons Beistand den Artikel 41, die Volkswahl des
Präsidenten, in die Verfassung hineingestoßen hatte gegen Preuß
und die damaligen Majoritätsparteien:

„So, jetzt habe ich einen großen Sieg über die deutsche Kor-
ruption errungen, die sicher kommen wird. Wir werden eine
schlimme Gevatterles-Wirtschaft erleben, vor allem aber die
Parteipatronage, die böseste Form der Korruption. Aber
der volksgewählte Präsident kann den korrupten Staat heilen.

Max Weber erwähnte dann nicht die Notverordnungen, sondern die
Machtbefugnis des Präsidenten, im gegebenen Augenblick das Volk
gegen die Parteien aufzurufen, durch den Reichskanzler, der sein
Vertrauen hat, aber nicht über die nötige Majorität im Reichstag
verfügt.

Aus einem Brief vom 15. September 1930:

. . . Nun liegen heute die Wahlergebnisse vor, und ich kann
Ihnen die Versicherung geben, wir gehen mit Naturnotwendigkeit
einer faschistischen Erhebung entgegen, es sei denn, daß wir den
Nazis durch einen Staatsstreich innerhalb der Verfassung den Wind
aus den Segeln nehmen . . .

1. Was bedeutet die Zahl „107“ Nationalsozialisten? Eine unerhörte Stärkung des Selbstvertrauens derer, die auf den gewalttätigen Umsturz hinarbeiten. Die eigenen kühnen Erwartungen sind weit übertroffen. Vor allem aber wird ein großer Teil der staatsstreuen Gegner der Nationalsozialisten von der lähmenden Suggestion befallen werden: wir haben es hier mit einer siegreichen Sache zu tun. Die Nationalsozialisten selbst werden diese Skepsis spüren und agitatorisch verwerten.

2. Meine Beunruhigung wäre viel geringer, wenn ich mir sagen könnte, diese Staatsfeinde sind alles Idioten oder Schurken. Unter den 6 $\frac{1}{2}$ Millionen befindet sich eine große Anzahl von ehrlich Verzweifelten, die keinen Ausweg sehen. Die nationalsozialistische Jugend umschließt bestes Menschenmaterial. Ich kenne diese jungen Leute, die heimlich ihre kriegerischen Lieder singen und mit dem Opfertod rechnen, wie mit etwas, das sie nicht schreckt. Ihr Gesichtsausdruck mahnt häufig an die Kriegsfreiwilligen des Jahres 1914.

3. Was ist die wirkliche Kraftquelle der Nationalsozialisten? Von der wirtschaftlichen Not abgesehen, ist es der Ekel über die Korruption des deutschen Parlamentarismus. Wenn heute ein Nationalsozialist das Wort Marxist herausfaucht, so steht ihm ein Mann vor Augen, der in nationalen Fragen unzuverlässig ist, z. B. dem Feinde Material gegen die Reichswehr liefert, Parteipatronage rücksichtslos zur Beseitigung von tüchtigen Beamten anwendet und seine politische Macht zur Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage zu nutzen versteht. Ich erkenne keinen Augenblick, wie ungerecht dieser Vorwurf ist, wenn man ihn verallgemeinert, aber man muß feststellen, daß führende Männer der Sozialdemokratie, vor allem in unseren Kommunen, dem Bilde des Marxisten verflucht ähnlich sehen, das die Nationalsozialisten vor ihren aufgeregten Wählermassen entwerfen.

Schlußfolgerung.

Ich verfare nach dem Rezept, das Sie und ich immer wieder im Kriege empfohlen haben: Spreng und schwäche die Gegner dadurch, daß du ihr moralisches Kampfgeschrei entwertest. — Wie die deutsche Erklärung über Belgien in England während des Krieges die Kriegshezer von den Landesverteidigern getrennt hätte, so ist es heute möglich, die Ehrlichen und Unständigen aus der nationalsozialistischen Bewegung weitgehend herauszulösen.

1. Der Parlamentarismus ist nicht mehr zu halten. Wir brauchen die schon von Kant geforderte Trennung von Exekutive und Legislative. Wohl können Parlamentarier in der Regierung sein; aber ihr Anspruch auf eine leitende Stellung sollte auch auf ihrer persönlichen und fachlichen Eignung beruhen. Um dem Volke deutlich zu machen, daß man mit dem bisherigen System der Ministerernennung gebrochen hat, reichen allgemeine Rundgebungen nicht mehr aus. Hier kann nur die Tat überzeugen. Der Reichskanzler Brüning muß vor Zusammentritt des Reichstages ein neues Ministerium berufen, das zwar aus Überzeugung das politische Programm der Mittelparteien vertritt, das aber in der Mehrzahl nicht aus Parlamentariern besteht. Um den auf Gewalttat sinnenden Massen den Ernst des staatlichen Abwehrwillens deutlich zu machen, sollte man Seckf das Reichsministerium des Innern geben. Ein Mann wie Colßmann dürfte auch nicht fehlen, mit seiner großen persönlichen Anhängerschaft in Süddeutschland und seiner in Friedrichshafen immer wieder bewiesenen Fähigkeit, revolutionäre Unruhe zu beschwören. Das Reichsjustizministerium könnte vielleicht an Simons gegeben werden. . . . Auf dem Verwaltungswege müßten noch vor Zusammentritt des Reichstags aus den Ministerien die zu Unrecht dort sitzenden Parteifunktionäre entfernt werden. Schlimmer als die den Bürgermeistern geschenkten Pelzmäntel empfindet heute das Volk die versteckte Korruption der Parteipatronage. Durch die Berufung der Fachminister und die Säuberung der Ministerien würden wir die Parole der Nationalsozialisten: Nieder mit der Korruption! entkräften.

2. Nach Zusammentreten des Reichstags müßte die Regierung in folgerichtiger Fortsetzung eben dieser Maßnahmen eine große Wahlrechtsreform einbringen: Lebenswichtig ist die Abschaffung der Liste und die Heraufsetzung des Wahlalters, bedeutsam auch, daß die Wahlkreise klein genug werden, um ihre ein oder zwei Vertreter wirklich zu kennen. Die neue Regierung darf nicht den Versuch machen, die große Koalition mit den Sozialdemokraten einzugehen. Die Sozialdemokraten sind morgen dazu bereit und handeln dabei sehr kurzfristig; denn ihr guter Ruf kann sich nur wieder in der Opposition erholen, nicht aber auf Ministerseffeln. Eines aber steht fest: die deutliche Frontstellung gegen die Sozialdemokraten würde die Parole der Nationalsozialisten gegen den Marxismus zerbrechen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Wählermassen heute, besonders auch infolge unvorsichtiger Äußerungen der Staatspartei, von dem

deutlichen Mißtrauen erfüllt sind, die Mittelparteien sind bereit, mit den Sozialdemokraten zu paktieren.

3. In der Frage der Revision des Versailler Vertrages darf nicht mehr so zaghaft wie bisher gestammelt werden. Die Weltmeinung ist heute reif für ein entschlossenes Bekenntnis der Reichsregierung, vor allem Hindenburgs: Wir halten es für unsere Pflicht, noch in dieser „Generation“ die Revision unserer Ostgrenze durchzusetzen, natürlich auf friedlichem Wege. Bei einer solchen Rundgebung kommt alles auf die Gewichtsverteilung an. Hindenburg sollte sich mit Leidenschaft zum Frieden und zur Abrüstung bekennen und darf dann auch fordern, daß die Basis für den Frieden befestigt werde. Es sollte nicht heißen: trotzdem wir den Weltfrieden wollen, fordern wir die Revision unserer Ostgrenze — sondern: weil wir ihn wollen, fordern wir sie. Die Stellung der Mittelparteien in der auswärtigen Politik sollte von dem Reichskanzler Brüning vor dem neuen Reichstag so deutlich festgelegt werden, daß sich der Trennungsstrich gegenüber der würdelosen Haltung der Sozialdemokratie nicht mehr verwischen läßt. Damit würde die Parole der Nationalsozialisten an Zugkraft verlieren: Die Mittelparteien sind unzuverlässig in Machtfragen.

.....

Wie kann die Regierung Brüning die Nation hinter sich bringen?

I.

Die gegenwärtige Regierung ist verloren, es sei denn, daß sie volkstümlich wird. Die nötige Resonanz wäre da, aber sie darf nicht ungenutzt bleiben.

Sachliche und sinnvolle Maßnahmen allein reichen nicht aus; Millionen von national bewegten Menschen warten heute ungeduldig darauf, daß der 14. September der Reichsregierung das Gepräge gibt.

Ausweg: Warum nicht die Nazis in die Regierung nehmen? Ich zweifle nicht, daß die Regierung dadurch ihre Stellung im Parlament erleichtern würde, aber die Lage der Nation wäre entscheidend verschlechtert.

A. Die Errungenschaft des Ministeriums Brüning ginge verloren, ich meine die Hoffnung auf den inneren Frieden.

Aus unerwarteten Ecken hört man heute das Wort: Brüning ist ein Versöhner. Man spricht nicht von dem Exponenten der Partei, sondern von dem Menschen.

Die Bildung der Regierung Brüning wäre undenkbar gewesen ohne den Bruch der Volkskonservativen mit der staatsfeindlichen Rechten. Vielleicht wird die Geschichte einmal sagen: Schiele, Treviranus, Lettow-Vorbeck, Lindeiner, das war der Stoßtrupp gegen die deutsche Zwietracht.

Brüning als Führer einer Nazi-Koalition würde sein eigenes Werk sprengen, die Brücken, die bereits von rechts nach links führen.

Die Nazis in der Regierung wären heute ebenso eine Unerträglichkeit für die Gewerkschaftsmassen, wie es die Sozials in der Regierung für die Millionen wären, die hinter dem Stahlhelm stehen.

Die große Koalition nach rechts schafft die proletarische Einheitsfront. Die große Koalition nach links tut auf einem Umweg das gleiche; denn sie macht die Nazis so stark, daß sie unwiderstehlich zur Macht getragen werden, ohne daß sie noch Rücksicht auf Zentrum und Volkspartei zu nehmen brauchen. Die Bolschewisten beten für diesen Ausgang, denn dann strömen die beiden marxistischen Bruderparteien ineinander über, wie einst vor dem 9. November 1918. Die Verantwortung ist nicht zu tragen, daß man das stärkste Bollwerk gegen den Bolschewismus einreißt: die Frontstellung der Mehrheitssozialdemokraten nach links.

B. Die Nazis in der Regierung bringen uns um die Errungenschaft des 14. September: Die nationale Opposition als vorwärts stoßende, überfordernde Macht hinter unseren Unterhändlern, die mit der Regierung von morgen drohen können. Hitler will sich heute der Welt und Deutschland als Realpolitiker präsentieren. Ich zweifle nicht daran, auch Goebbels wäre denkbar verständig und zahm, sowie er an der Macht ist. Welch ein tristes und nüchternes Ende für die Verheißung des 14. September!

Die Offensive als Drohwaffe war im Februar 1918 mächtiger als nachdem sie ihr Schlimmstes getan und die Feinde dieses Schlimmste ausgehalten hatten. Nach dem Waffenstillstandsangebot sagte der Abgeordnete Haase: „So, jetzt haben wir sie.“ So teuflisch schadenfroh würde es heute wieder von der Linken herüberklingen, sollten die Nazis in der Regierung sitzen und sich gezwungen

sehen, vom Ausland Demütigungen hinzunehmen. Der deutsche Volkscharakter kann es nicht zum zweiten Male überstehen, daß Synismus und Kleinmut scheinbar recht behalten. Dann gibt es kein Erwachen mehr.

II.

Kann die Regierung vollstümlich werden? Ich wiederhole, was ich in Versailles gesagt habe: „Die Partie ist zu gewinnen.“

A. Im Kampfe um die Revision der Ostgrenze hat heute der Außenminister stärkere Trümpfe als irgendeiner seiner Vorgänger seit Versailles.

a) Curtius gilt als loyaler Fortsetzer der Stresemannschen Politik. Er ist deshalb weniger angreifbar für den zu erwartenden Gegenstoß der Franzosen: Wiederverkehr des deutschen Militarismus!

b) „Hindenburg ist unanfechtbar“, so sagte mir vor vier Wochen ein prominenter Engländer. Das Gespräch verlief folgendermaßen:

„Unsere Regierung muß von nationaler Leidenschaft bewegt sein, will sie den Nationalismus bändigen. Wir müssen der Revision der Ostgrenze einen Riesenschritt näher kommen. Was würden Sie in England dazu sagen, wollte der Außenminister erklären: mancher von uns wird es noch erleben, daß der Korridor wieder deutsch wird?“ Der Engländer erschrak und wurde sehr ernst. Darauf sagte ich: „Und wenn Hindenburg dies sagte?“ Darauf kam die Antwort: „Der alte Marschall ist unanfechtbar.“

Wie lange haben wir ihn noch?

c) Noch fürchtet man sich im Ausland vor den Nazis als den möglichen Trägern der Macht. Wie lange noch?

d) Die Polen haben es uns besonders durch die ukrainischen Greuel leicht gemacht, eine Weltthese gegen sie zu entfesseln: diese ist nötig als Vorbereitung für einen entschiedenen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Revision der Ostgrenze. Ich erinnere daran: der Bryce-Bericht über die belgischen Greuel bedeutete für den Ausgang des Weltkrieges nicht weniger als die Marne Schlacht!

B. Aber der außenpolitische Vorstoß würde nur dann die Nation hinter die Regierung bringen, wenn gleichzeitig die zweite Botschaft des 14. September sich Geltung verschafft.

Diese Botschaft lautet:

Überwindung des Parlamentarismus¹⁾,
Schluß mit der Parteipatronage,
Trennung von Exekutive und Legislative,
Aufrichtung des Führergedankens,
keine Zerteilung der Verantwortung.

Das bedeutet:

Ambildung des Kabinetts Brüning, so daß Fachminister
überwiegen,

Entlassung von vielen Parteibuchbeamten, deren fachliche
Nichteignung erwiesen ist.

Und schließlich:

Aufhebung der Preußen-Koalition.

Ich begegne dem gewichtigsten Einwande: Die Aufrechterhaltung der Preußen-Koalition ist der Preis, den die Sozialdemokratie für die Unterstützung der Reichsregierung erhalten hat.

Meine Antwort darauf ist: Der Preis ist zu hoch. Die Zwangslage, ihn zu zahlen, war für Brüning gegeben, ist es aber heute nicht mehr. Nach allem, was man hört, ist Braun ein Staatsmann, der Gründe nicht zählt, sondern wägt, und der das Vaterland über die Partei stellt. Man sollte sein Einverständnis, ja seine stille Partnerschaft erzielen können für ein Vorgehen, dem der folgende Gedankengang zugrunde liegt:

Viele Nützlichkeitsermägungen sprechen für die Aufrechterhaltung der Preußen-Koalition. Aber es gibt den einen entscheidenden Gegengrund: diese Koalition ist eine Kraftquelle für die nationalsozialistische Bewegung.

Sollte Braun so wenig Vorstellungskraft haben, daß er den naturnotwendigen Zusammenbruch der Preußen-Koalition nicht voraussieht? Mag das Volksbegehren Erfolg haben oder nicht, jedenfalls sind die Nazis nach Durchführung dieses Kampfes stärker als vorher und nach menschlichem Ermessen stark genug, um in einer

¹⁾ Der Parlamentarismus wird heute als sterbende Einrichtung in weitesten Kreisen empfunden. Ich glaube, den letzten Stoß in der öffentlichen Meinung wird ihm Leopold Zieglers unerbittlich folgerichtige Schrift versetzen: „Fünfundzwanzig Sätze vom Staat“. Man wünschte sie in hunderttausenden von Exemplaren verbreitet.

neu zu bildenden Regierung richtunggebend zu werden. Braun muß einsehen, daß heute nichts als die Regierung Brüning dem Siegeszug des Faschismus entgegensteht. Zudem erkennt er sicher, welcher Vorteil es für die Sozialdemokraten wäre, den Wahlkampf gegen die Kommunisten als Opposition und nicht als Regierungspartei zu führen¹⁾.

Ich fasse zusammen: Der Reichskanzler, der die Preußen-Koalition auflöst und gleichzeitig den Sozis droht: Entweder Ihr unterstützt mich im Reichstag, oder ich muß die Nazis in die Regierung aufnehmen, — ist Herr der Situation. Der Schlag kann dadurch abgedämpft werden, daß man eine Anzahl von hervorragend geeigneten Verwaltungsbeamten der sozialdemokratischen Partei in ihren Ämtern beläßt. Ich erinnere nur an Männer wie Budding.

III.

Die Schläge in der Innenpolitik und in der Außenpolitik sind die untrennbaren Teile einer Aktion.

Es gilt heute die revolutionären Energien zu bannen. Wir brauchen den Staatsstreich innerhalb der Verfassung; er hätte uns auch im Oktober 1918 die Revolution erspart.

Der bis in alle Einzelheiten durchdachte Plan muß für die Öffentlichkeit mit dramatischer Plötzlichkeit zur Ausführung kommen, beinahe über Nacht. Das Wie ist nicht minder wichtig als das Was. Ich schlage den folgenden Modus procedendi vor:

A. Vorbereitende Hilfsaktion:

1. Der Dichter Wilhelm Schäfer berichtet über die „blutende Grenze“ — die Städte, die Menschen, die Landschaft. Er kann es wie kein anderer und ist nicht parteigebunden.

2. Der Reichspräsident beruft eine Kommission zur Berichterstattung über den Tatbestand: wie ergeht es Minoritäten, nicht nur den deutschen, unter polnischer Herrschaft? Die letzten Greuel mußten nur den Schlußstein bilden. Angehören sollten einer solchen

¹⁾ Man sagt, die bisherigen Sondierungen hätten gezeigt, daß die Sozialdemokraten für keinen anderen Preis bereit seien, die Regierung Brüning zu stützen. Ich weiß aus jahrelangen Sondierungen bei Sozialdemokraten, wie groß die Gefahr ist, den Kompromiß zu nahe am Standpunkt des Gegenspielers zu schließen. Ich bin überzeugt, der Reichskanzler ist noch nicht bis zur Grenze der Nachgiebigkeit der Sozialdemokraten vorgestoßen.

Kommission Persönlichkeiten, deren Ansehen in der Welt unbestritten ist, Männer wie:

Simons,

Raas,

der Spezialist für polnische Rechtswillkür (Erich Kaufmann¹⁾).

Dieser Bericht muß als vorläufiges Gutachten sehr rasch fertiggestellt werden. Er sollte womöglich bei den bevorstehenden Genfer Verhandlungen zugrunde liegen. Am besten würden die Verfasser in Genf selber aufmarschieren, wenn die Geschäftsordnung das zuläßt.

B. Die Minoritätendebatte in Genf sollte in dem Nachweis münden: Asiatische Verhältnisse; Europas Grenze ist durch den Versailler Vertrag nach Westen zurückgedrängt, die Pogromgrenze in das Herz Europas vorgeschoben. Die Revisionsforderung sollte aufleuchten, periskopartig, nur für einen Augenblick²⁾.

C. Der eigentliche Schlag: Hindenburg reißt an die blutende Grenze. Er ist auf dem heimatlichen Boden, den er durch Tannenberg gerettet hat. Wir hören sein Testament:

Mahnung zu Geduld und gesammelter Kraft, die warten kann, und wenn es Jahrzehnte gilt.

Redseligkeit ist kraftlos, auch wenn sie patriotisch ist.

Sehr vorsichtiger Hinweis auf den schweigenden Aufmarsch des Stahlhelms.

Warnung vor unbesonnenen Taten, zu denen uns die Polen provozieren möchten.

Wir halten die Wache, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa, das fühlte ich im August 1914.

Polen, so heißt es immer wieder, soll mit uns Wache halten.

Das ist ein leerer Traum, so lange Deutschland durch den Korridor zerschnitten ist. Die „blutende Grenze“ wird heilen — in unserem und auch in Polens Interesse: Polen kann erst Rechtsstaat werden, wenn ihm nicht mehr die Bürde auferlegt ist, deutsches Land mit Gewalt niederzuhalten.

¹⁾ Er verfügt u. a. über viele humoristische Einzelheiten der polnischen „Rechtspflege“. Bei der Schilderung der polnischen Wirtschaft darf gerade der Humor nicht fehlen, um das Dokument für die Öffentlichkeit eindrucksvoll zu gestalten.

²⁾ Vgl. Seite 13.

Noch steht unseren Volksgenossen eine lange Leidenszeit bevor. Aber die Revision ist en marche. Die Welt hat begonnen einzusehen, daß der dauernde Friede nicht auf Unrecht gebaut werden kann.

Mir ist nicht bange um Deutschland, wenn wir nur unsern Erbfluch, die Zwietracht, überwinden. Dazu soll uns die Ostmark helfen. Hier spüre ich freiwillige Zucht. Politische Gegner arbeiten bundesgenössisch an der gemeinsamen Sache. Hier ist der Parteikampf frei von Verleumdung und Gehässigkeit.

Ich bin der Hüter der deutschen Einheit und nehme den Kampfruf aus der Ostmark mit: „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!“

Bis zum letzten Tage will ich mich um die Reinlichkeit unseres politischen Lebens mühen. Ich freue mich über die wachsende Empfindlichkeit unserer öffentlichen Meinung gegen den unsachlichen Mißbrauch der Parteimacht.

Gott gebe, daß meine Nachfolge nicht Beute der Parteien werde.

Solche Rundgebung würde eine an sich nicht ungefährliche internationale Situation schaffen. Die Gefahr aber kann man abdämpfen und meistern durch vorbereitende Sondierungen¹⁾ und durch Mitteilungen in London, Paris und Washington, die auf unsere lebensgefährliche innere Situation hinweisen.

Immerhin, die Welt wird den Atem anhalten! In Deutschland aber würde es heißen: Schließt die Reihen.

Am nächsten Tage sollte die Umbildung des Ministeriums Brüning vollzogen sein, und zwar auf der Linie des besonnenen Stahlhelms.

Wir haben heute unter den Militärs Männer, die nationale Leidenschaften zu zügeln verstehen, denen man aber anmerkt, daß sie selber welche haben. Sie dürften in dieser Regierung nicht fehlen²⁾.

Nach dem Schlag gegen den Versailler Vertrag und der Umbildung der Regierung ist die Bahn frei für sachlich überzeugende Gesetzgebung, denn Brüning hätte dann mit einem Parlament zu rechnen, das die Auflösung mehr fürchten würde als er.

¹⁾ Sie hätten über private Kanäle zu laufen. Jede amtliche Erkundung würde heute die beschwörende Formel nach Berlin zurückbringen: *quieta non movere*.

²⁾ Ich denke an Seect, der in Versailles der „große Schweiger“ war, und an Lettow-Vorbeck, der selbst als Minister ohne Portefeuille das internationale Ansehen der Regierung stärken würde.

II.

18. Januar 1931.

Während der Genfer Ratstagung wurde dem Herrn Reichs-
außenminister auf Grund einer Erkundung in England die Garantie
der Resonanz für die folgende Erklärung übermittelt, die im Rede-
duell mit Herrn Zaleski zu erfolgen hätte:

„Sie sagen, Herr Zaleski, auch polnische Mitbürger hätten bei
den Wahlen ähnliche Mißhandlungen erdulden müssen wie die
Deutschen und Ukrainer. Es ist also Landesfitt! Das ist ein gefähr-
liches Argument. Sie verwandeln damit die Minoritätendebatte in
eine Revisionsdebatte und erheben vor Gott und Menschen Anklage
gegen die deutsch-polnische Grenze, die zuungunsten des Landes ge-
zogen ist, wo europäische Gesittung herrscht.“

III.

21. August 1931.

1. Ich spreche heute die folgende Warnung aus: Ohne daß sich die Regierung Brüning eine breitere Basis des gefühlsmäßigen Vertrauens schafft, ist sie verloren, das heißt: Deutschland ist verloren.

2. Der Kanzler kann sich diese breite Basis sichern, die Nation ist bereit wie nie seit Bismarck. Die Besten warten auf den Ruf, der sie sammelt. Ich verweise nur auf den Brief Leopold Zieglers und auf Wilhelm Schäfers Bereitschaft; sie stehen für viele.

Es gilt heute nicht nur die revolutionären Bewegungen abzuwehren, man muß sie entkräften, sollen sie nicht unwiderstehlich werden.

Die Annahme ist trügerisch, der Volksentscheid hätte die Macht der revolutionären Parteien schon im Schwinden gezeigt. Millionen auf der Rechten haben sich nur der Stimme enthalten, weil sie mit Spannung warteten: was bringt Brüning zustande? — und man sich ungern entscheidet, während man den Atem anhält. Wohl regt sich erstes Vertrauen; aber es wird zusammensinken, wenn die zum letzten Opfer bereite Jugend der Nazis nicht fühlt:

Die heutigen Träger der Macht sind die Vollzieher der Botschaft des 14. September. —

Gewiß, der Parlamentarismus ist ausgeschaltet, auch scheint die Gebärde der Unterwürfigkeit endgültig vorüber, aber die erregten Menschen verlangen heute nach weithin sichtbaren Bestätigungen ihrer Befinnung.

Der Nationalsozialismus hat zwei Kraftquellen: Den Versailler Frieden und die Korruption, als deren stärkstes Bollwerk die sozialdemokratische Herrschaft in Preußen empfunden wird. Wann wird dieses Bollwerk fallen? — Ich wiederhole: Der Preis, den man der Sozialdemokratie für die Unterstützung des Kanzlers im Reich

zahlt, ist zu hoch. Sie tun es auch billiger, weil sie genau wissen: nur die Regierung Brüning steht zwischen uns und dem Faschismus.

Wann wird die Preußenkoalition aufgelöst? Heute durch den in Freiheit handelnden Staatsmann, dem der Ausgang des Volksentscheids nur für eine kurze Atempause diese Freiheit wiedergegeben hat, oder sehr bald unter dem Druck einer Partei, die der Kanzler als nationale Opposition bewerten muß, die er aber nicht an die Macht lassen darf, will er nicht selber unserer Außenpolitik ihre einzig wirksame Drohwaffe aus der Hand schlagen.

Einwand: Man kann die Preußenkoalition nicht aufheben, ohne Millionen von Mehrheitssozialdemokraten den Kommunisten zuzuführen. —

Ich gebe zu: Nehmen wir an, die Schupo wäre von einer Rechtsregierung geleitet, so würden sich zwar die Offiziere und Mannschaften mit ebensoviel Unstand für den Staat totschießen lassen, aber die Tausende von Proletariern würden dann nicht hinter ihren Särgen hergehen.

Bei den Nazis laufen Millionen von Zweiflern mit, die man durch die Bildung einer Rechtsregierung in Preußen hinter den Kanzler bringen könnte, aber es wäre wenig gewonnen, wenn man gleichzeitig Millionen von schwankenden Sozialdemokraten nach links abdrängen würde. —

So heißt die Aufgabe der Stunde: Wie kann man die Nazis schwächen, ohne die Kommunisten zu stärken? — Die tödliche Gefahr unserer Lage gibt heute die unerwartete Antwort:

Schon ruft man in England nach einem Ministerium der Sammlung unter Lloyd George, um eine Not zu bannen, die an unserer Bedrängnis gemessen wahrlich gering ist. — Die Sowjets holen zum entscheidenden Schlag gegen die deutsche Heimatfront aus, die sie für reif halten. Sie entsenden die Fachleute des Bürgerkrieges, und ich möchte die Frage stellen, ob nicht heute bereits das Material gegen die russische Vertretung so schwerwiegend ist wie am 5. November 1918, als die Risten — zu spät — kaput gingen. Ich erfahre soeben, daß man in Leningrad mit fieberhafter Spannung die Ereignisse in Deutschland verfolgt. Das Gefühl soll dort um sich greifen: In Deutschland entscheidet sich auch unser Schicksal. — So erklärt sich die Parole der Kommunisten beim Volksentscheid; sie wollen um jeden Preis die Naziherrschaft aufrichten und so den Millionenzug gewinnen, ohne den sie zur letzten Kraftprobe sich nicht stark genug fühlen.

Schlußfolgerung.

Heute, in der Atempause, sollte der Ruf zur Sammlung durch den Kanzler erfolgen, und zwar auf der folgenden Linie, die ich in Stichworten skizziere:

„Zustand der drohenden Bürgerkriegsgefahr“;

Veröffentlichung der Zahl der politischen Morde und Totschläge in den letzten Monaten;

Mitteilung der ernstesten Verdachtsgründe über russische Beteiligung an den Versuchen zur Entfesselung des Bürgerkrieges;

Abwehrmaßnahmen:

a) Standrecht bei politischen Gewalttaten,

b) Zuchthaus für Verleumdung,

c) irgendeine dramatische und beruhigende Reform des Aktienrechts;

„Verschärfte Strafbestimmungen allein reichen nicht aus“;

„Wir müssen für die Kraft- und Leidensprobe dieses Winters die Regierung auf eine breitere Basis der Mitverantwortung stellen“;

„Schließt die Reihen“;

„Ein Ministerium der nationalen Widerstandsfähigkeit“;

Aufforderung zur Mitarbeit an alle Richtungen, die den Bürgerkrieg kraft ihres nationalen und religiösen Gewissens verabscheuen;

Aber kein parteigebundenes Ministerium, weder im Reich noch in Preußen;

„Der Hilferuf der Wirtschaft, der Zugriff des Staates in die Wirtschaft hinein gibt der Regierung unerhörte Befugnisse und Verantwortungen. Da darf unsere Macht nicht mit Parteipatronage durchsetzt sein.“ — „Nur der saubere Staat kann säubern“;

„Wir brauchen in unserer Bedrängnis die sachlich geeignetsten Männer zu Führern und Unterführern der Wirtschaft wie des Staates. Im Krieg hatte Parteipolitik bei der Besetzung der Kommandostellen auch nichts zu sagen.“ — „Macht verpflichtet.“ — „Ich verspreche, sie nicht zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu mißbrauchen. Ich sage dies nicht nur, weil ich an bestimmte Menschenrechte glaube, sondern weil nach meiner Überzeugung keine Regierung

in ihrem eigenen Interesse auf eine Opposition verzichten darf, deren Kritik allerdings jederzeit durch die Rücksicht auf die Gesamtinteressen der Nation gezügelt werden sollte“; In der auswärtigen Politik: Zusammenarbeit zum Schutze der tödlich bedrohten europäischen Gesittung; „Das Schicksal Europas hängt daran, wer schneller marschiert, die deutsch-französische Verständigung oder der Bolschewismus“; „Aber wir kommen dem großen Ziel nicht durch eine Beflissenheit näher, welche die seelischen Gewalten ignoriert.“ — Hinweis auf das Mißtrauen Frankreichs, das erst ausgeheilt muß. —

Anmittelbar nach einer solchen oder ähnlichen Rede, die nicht im Rundfunk, sondern vor einem eigens geladenen Forum berufener Körperschaftsvertreter gehalten werden sollte, hätte die Neubildung der Preussischen Regierung und die Umbildung der Reichsregierung auf der Linie des besonnenen Stahlhelms vor sich zu gehen. Entscheidend aber wäre die Einbeziehung von Sozialdemokraten und Hugenberg-Leuten, die über ihre Partei hinausgewachsen, keinesfalls aber parteigebunden sind. Man könnte an deutschnationale Oberbürgermeister denken oder an Noske, der z. B. als preussischer Innenminister unter dem preussischen Ministerpräsidenten Brüning ein überzeugender Minister gegen den Bürgerkrieg werden würde.

Nach einem solchen „Staatsstreich innerhalb der Verfassung“ wäre die Regierung stark genug, um den Bolschewismus abzumehren, und die Nazis würden zu schwach sein, um den Griff nach der Macht zu tun. Vor dem Ausland aber erschiene die Gefahr des Bürgerkrieges beseitigt. Damit würde auch der Glaube an unsere Wirtschaft wachsen, vor allem aber würde sich der schier unheilbare Riß in unserem Volke wirklich schließen. Der Reichspräsident wäre instand gesetzt, eine Wiederwahl anzunehmen.

Warnung.



Aus einem Brief vom 16. Januar 1932.

.....
Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich nur in Stichworten schreibe.

1. Wie erhält man die Spannkraft der Nation, so daß ein Nein in der Reparationsfrage die Franzosen spüren läßt, hinter diesem Nein steht die Stimmung des August 1914.

Antwort: Indem es von Brüning gesprochen wird. Sein Nein sammelt daheim und sprengt in Feindes Land. Hitlers Nein schafft die Stimmung des August 1914 bei den Franzosen und bei uns die Stimmung des Oktober 1918: die Franzosen würden erwarten, bei einem Vormarsch Bundesgenossen zu finden.

2. Wie kann die notwendige Erklärung über die Ostgrenze die stärkste Resonanz auf der Welt finden?

Antwort: Dadurch, daß der Feldmarschall sein politisches Testament in seiner Heimat verkündet, und zwar aus Anlaß der bevorstehenden Volkswahl.

„Ostpreußen wird nicht absterben, sondern wieder mit dem Mutterlande vereinigt werden.“

Ich erinnere an das Wort des Engländers: „Der Feldmarschall ist unanfechtbar.“

3. Wie erhält man die gesammelte Kraft der Nation für die entscheidende Probe unserer Geschichte:

die Abwehr eines
Angriffs auf Ostpreußen?

Antwort: Dadurch, daß wir diesen Kampf nur zu einem Zweikampf werden lassen. Ob Frankreich marschiert, hängt u. a. von zwei Fragen ab.

a) Wird dann Frankreich moralisch isoliert sein?

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die Stimmung der Angelsachsen gewinnen. Wir können nicht noch einmal in einen Krieg ohne psychologische Vorbereitung gehen. Deutschland muß vorher Sympathien werben, nachher ist es zu spät. Die von uns einzuleitende Welthese gegen die Polen ist nötig, aber reicht nicht aus. Wir brauchen ein imponierendes Staatsgefüge, d. h. die legale

Diktatur, daneben politische Gesittung und freien Bürgerinn; sonst verlieren wir das Vertrauen, das Brüning für uns erworben hat.

b) Wird dann die deutsche Heimatfront fest oder brüchig sein?

Wenn Hitler an die Regierung kommt, so ist der Riß in der Nation nicht zu heilen. Gewiß, die Reichswehr kann auch dann den Staat vor siegreichen Volksaufständen bewahren, aber das reicht nicht aus. Wir brauchen zur gegebenen Stunde eine unwiderstehliche Volksbewegung hinter dem Heer. Heute ist das Volk der Reichswehr treu, aber die Treue muß auch standhalten, wenn einmal militärische Rückschläge eintreten sollten. Wenn Hitler an die oder in die Regierung kommt, so macht er uns auf Jahrzehnte unfähig für das Durchhalten; ja er bereitet einem erneuten Dolchstoß den Weg.

Schlußfolgerung.

Brüning muß gehalten und die nationale Bewegung vor sich selber geschützt werden.

Die Nazis müßten erfunden werden, wenn sie nicht existierten. Aber wenn ihnen die Preußenwahlen einen solchen Nachschub bringen sollten, daß man sie jetzt heranlassen muß, dann wird die nationale Bewegung ruhmlos verlöschen.

Wir stehen heute vor der Wahl: will man die Botschaft des 14. September in staatsmännische Taten umsetzen oder den Führerehrgeiz zweitklassiger Nazis befriedigen? Hitler wäre für den ersten Weg zu haben und kann vielleicht heute noch seine Massen zügeln, die ihn drängen, den Griff nach der Macht zu tun. Nach einem überwältigenden Sieg bei den Preußenwahlen würde er den schlechtesten Elementen seiner Partei ausgeliefert sein. Brüning aber wäre zur völligen Ohnmacht verurteilt, denn diese Preußenwahlen wären auch gegen ihn geschlagen und gewonnen.

Ausweg: Der in Freiheit handelnde Staatsmann muß heute den Nationalsozialisten ihre beiden Hauptwaffen aus der Hand schlagen, d. h.

1. das staatsmännische Nein bei der Laufanner Konferenz aussprechen,
2. Die Preußen-Koalition auflösen und gleichzeitig den Staat von Parteipatronage reinigen.

Ich sage, er würde dann in Freiheit handeln, denn er täte nichts anderes, als sich selber treu bleiben: seiner Integrität und seiner Leidenschaft für Deutschland.

Zwei Einwände werden da erhoben:

1. „Die Sozialdemokraten werden nie im Guten weichen.“ — Wer das sagt, unterschätzt den Patriotismus bestimmter Sozialdemokraten, die man gegebenenfalls wirksam aus der Parteimaschine herauslösen könnte, und unterschätzt die Intelligenz der Führer. Die wissen zweierlei: zwischen Hitler und uns steht nur Brüning — und: wir sind den Kommunisten gegenüber stärker, wenn wir den Wahlkampf in der Opposition beginnen, als wenn wir noch polsterfreundige Minister sind.
2. „Die Nazis werden auch nach den heilenden Handlungen Brünings bei den Wahlen nicht schwächer, denn Millionen von national bewegten Menschen würden aus Verlegenheit für die Nazis stimmen, weil sie als Protestanten nicht Zentrum wählen wollen und die dazwischen stehenden Splitterparteien ihnen keine Zukunft zu haben scheinen.“

Hier komme ich zu meinem entscheidenden Vorschlag: der Stahlhelm muß mit einer eigenen Liste auftreten. Parole:

für die Freiheit des Landes, für den Frontgeist, d. h. „der deutschen Zwietracht mitten ins Herz“, für den sauberen Staat.

Ich möchte mich dafür verbürgen, daß die Stahlhelm-Liste genügend Stimmen auf sich vereinen würde, um zum mindesten einen Machtzuwachs der Nazis zu verhindern.

Wie soll man vorgehen? Der psychologische Augenblick für das Eingreifen des Stahlhelms ist nach dem Nein in Lausanne gekommen. Dann müßte er den heimkehrenden Kanzler in der Wilhelmstraße aufmarschierend begrüßen und ihm danken für den schweren und guten Kampf, den er für Deutschland geführt hat.

Die Führer müßten aber gleichzeitig die Forderung nach der Säuberung des Staates erheben, d. h. nach der Auflösung der Preußen-Koalition. Der Reichskanzler würde dann die Gegenfrage stellen:

„Habt Ihr den Mut zur Verantwortung?“

Gewiß, alles hängt an dem einen Mann.

Ist Brüning der Führer einer Partei oder der Führer der Nation? Das ist die Schicksalsfrage Deutschlands.

